

Vergangenheitsbewältigung war gestern.

Die deutsche Erinnerungskultur vor neuen Herausforderungen

Vortrag von Prof. Dr. Wolfram Wette

Historisches Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg i. Br.

Bearbeitungsstand 14.7.2010

Auszug vom 15.3.2012 aus:

Vorträge/Freiburg Vergangenheitsbewältigung ... 14.7.2010

8. Die Europäisierung der Holocaust-Erinnerung nach 1990

Nach dem Ende des Kalten Krieges, dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Zerfall des von ihr angeführten Staatenbündnisses vollzog sich auf dem heiß umstrittenen Feld der Geschichtspolitik ein Wandel, der sich als ein Prozess der Europäisierung beziehungsweise sogar der Globalisierung beschreiben lässt. Nun wurde die Erinnerung an den Holocaust zu einem gemeinsamen, transnationalen Projekt.¹

Das Staatsverbrechen der Ermordung von etwa sechs Millionen Juden in Europa durch das nationalsozialistische Deutschland wird heute als der eigentliche Zivilisationsbruch angesehen. Die breitenwirksame, öffentliche Auseinandersetzung mit dem Holocaust ist in Deutschland erst spät in Gang gekommen. Zu den Etappen der öffentlichen Wahrnehmung gehören der Auschwitz-Prozess in den 1960er Jahren und die späteren NS-Prozesse, sodann einige Kino- und Fernsehfilme wie die US-amerikanische Serie „*Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss*“ 1979, die Filme „*Shoah*“, „*Schindlers Liste*“, „*Der Pianist*“ und etliche andere mit regionalen Schauplätzen.

In einigen europäischen Ländern – Großbritannien und Italien - wurde bereits in den frühen 1990er Jahren ein *Holocaust-Gedenktag* eingeführt, zu begehen am jeweiligen 27. Januar. An diesem Tag des Jahres 1945 hatte die Rote Armee die letzten Gefangenen des Vernichtungslagers Auschwitz befreit, weshalb dieser Tag auch als Auschwitz-Gedenktag bezeichnet wird. Der damalige Bundespräsident Roman Herzog (CDU) konnte im Jahre 1995 durchsetzen, dass der 27. Januar auch in Deutschland, dem Land der Täter, begangen wird. Die politische korrekte Bezeichnung lautet: „*Tag des Gedenkens an die Opfer der Nationalsozialismus*“. Denn an ihm soll nicht nur an die ermordeten Juden Europas erinnert werden, sondern auch an verfolgte Christen, Sinti und Roma, Menschen mit Behinderung, Homosexuelle, politisch Andersdenkende sowie Männer und Frauen des Widerstandes, Wissenschaftler, Künstler,

Journalisten, Kriegsgefangene und Deserteure sowie an die Millionen Menschen, die unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden.²

Seit der Initiative von Roman Herzog wird alljährlich am 27. Januar der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Es gibt eine zentrale Veranstaltung im Deutschen Bundestag und eine Vielzahl dezentraler Gedenkveranstaltungen, unter anderem in den Schulen des Landes. (Hier auf die Gefahr der Ritualisierung und Entleerung hinweisen, ebenso wie auf „Kranzabwurfstellen“.)

50 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges rückte der Holocaust also in Deutschland wie in anderen westlichen Ländern in das Zentrum der Erinnerung an die NS-Zeit. Parallel dazu sind Bestrebungen im europäischen und internationalen Bereich zu beobachten, eine so genannte *Holocaust-Education* zu einer internationalen Aufgabe zu machen. Nach diesem Konzept soll die Erinnerung an das Menschheitsverbrechen Holocaust die Grundlage für eine permanente Erziehung zur Einhaltung der Menschenrechte werden. Das herausragende Ereignis war in diesem Zusammenhang die im Jahre 2000 in *Stockholm* tagende internationale Holocaust-Konferenz, an der fast alle Regierungschefs der westlichen Länder teilnahmen.³ Eine große deutsche Tageszeitung schrieb damals, hier werde „eine neue Zivilreligion gegründet, die aus der Erinnerung an den Holocaust normative Regeln für die Zukunft zu schöpfen beabsichtigt“.⁴ Harald Welzer spricht vom Gründungsakt einer transnationalen Erinnerungskultur, in dessen Zentrum der Holocaust, der Zweite Weltkrieg, die Vertreibungen und die Kollaboration stehen.⁵ In Stockholm und mehreren Nachfolgekonferenzen wurden auch Programme entwickelt zur Umsetzung dieser geschichtspolitischen Entscheidung in den Schulen, den Universitäten, Gedenkstätten und anderen Institutionen des kulturellen Gedächtnisses.⁶

Die Bundesrepublik Deutschland hat sich nicht nur zu einer Gedenkkultur im Zeichen des Holocaust bekannt, sondern auch Sorge dafür getragen, dass die Erinnerung an die Verbrechen der Nazi-Zeit dauerhaft gemacht wird, und zwar

- 1. durch die Erklärung des 27. Januar zum Auschwitz-Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus und die Befreiung der Konzentrations- und Vernichtungslager,
- 2. mit dem Beschluss des Deutschen Bundestages zur Errichtung des Holocaust-Mahnmales in Berlin, und
- 3. mit der Verabschiedung des Bundesgedenkstättengesetzes 2000, welches die Erinnerung des Holocaust zu einem festen Bestandteil unserer nationalen Erinnerungskultur macht.

Das „negative Gedenken“ wird so zu einer dauerhaften nationalen Aufgabe gemacht.⁷

9. Das Anti-Stockholm-Programm: Gedenken an die Opfer aller totalitären Regime

Erwähnt werden muss auch noch eine zweite geschichtspolitische Initiative mit europäischem Zuschnitt, die in eine ganz andere Richtung weist. Nach intensiven Vorbereitungen, die bereits 1993 begannen, gab das Europäische Parlament im Jahre 2007, am 70. Jahrestag des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939, eine Erklärung des Inhalts ab, dass in Europa künftig an diesem Tag an die Opfer der nazistischen und stalinistischen Verbrechen gleichermaßen erinnert werden solle.⁸

Dieses Anliegen war nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes insbesondere von den Politikern jener mitteleuropäischen Staaten vorgebracht worden, die sich von der langjährigen kommunistischen Unterdrückung befreit sahen und die ihre staatliche Unabhängigkeit wieder erlangt hatten (baltische Staaten, Tschechien, Polen). Unterstützt wurde es von den konservativen Politikern der alten EU-Staaten, die in diesem geschichtspolitischen Schachzug die Chance sahen, ihren traditionellen Antikommunismus zu beleben und „braune“ mit „roten“ Verbrechen gleichzusetzen. Den deutschen Konservativen bot die nivellierende Totalitarismus-Theorie, die dieser Gleichsetzung zugrunde lag, zudem die Möglichkeit einer moralischen Entlastung von der Verantwortung für das singuläre Verbrechen der Ermordung der europäischen Juden.

Am 2. April 2009 nahm das Europäische Parlament mit großer Mehrheit eine Entschließung „zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“ an⁹, in der gefordert wird, den 23. August zum Gedenktag für die Opfer totalitärer und autoritärer Regime zu erheben, sowie, eine gesamteuropäische Gedenkstätte für die Opfer aller totalitären Regime zu errichten. Die Europaabgeordneten forderten „eine umfassende Neubewertung der europäischen Geschichte“ im Sinne einer gemeinsamen Sicht von Kommunismus, Nazismus und Faschismus.

Kritiker erkannten sofort, dass hier ein Gegen-Gedenktag zum 27. Januar, dem Holocaust-Gedenktag, ausgerufen wurde. Der Nationalsozialismus solle durch den Vergleich mit dem kommunistischen System relativiert werden. Dabei, argumentierte etwa der israelische Historiker Yehuda Bauer, sei der Genocid an den Juden mit den Verbrechen des Kommunismus nicht vergleichbar, da der mörderische Terror in kommunistischen Diktaturen sich nicht auf die Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsgruppe gerichtet habe. Außerdem sei der Zweite Weltkrieg von Hitler-Deutschland und nicht von Stalin begonnen worden. Es handle sich bei der Begründung des neuen Gedenktages also um eine völlig unakzeptable Geschichtsklitterung.¹⁰

Was wir mit den geschilderten geschichtspolitischen Aktionen erleben, ist der Kampf um ein Deutungsmodell für alle Kriege und Verbrechen im Europa des 20. Jahrhunderts. Das Ziel scheint zu sein, eine neue europäische Erinnerungskultur zu schaffen, in der alle Mitgliedstaaten der EU ihre spezifische Geschichte wieder finden können. Ob dies angesichts der ganz unterschiedlichen historischen Erfahrungen möglich sein wird, ist allerdings eine offene Frage.¹¹ Wahrscheinlich ist es realistischer, von einer pluralen Gedächtniskultur auszugehen, die von einem gemeinsamen Werterahmen überwölbt wird, der durch die allgemeine Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vorgegeben ist.¹²

Wer heute in Deutschland von Vergangenheitsbewältigung redet, meint in zweiter Linie die Auseinandersetzung mit der Geschichte der DDR, die als eine Diktatur beschrieben und im Kontext einer übergreifenden Totalitarismus-Theorie mit der NS-Diktatur verglichen wird. Ob und in welchem Umfang ein solcher Vergleich seine Berechtigung hat, ist strittig, zumal aus dem Vergleich nicht selten eine Gleichsetzung wird. So ist beispielsweise die Frage, ob man die DDR ebenso wie den Staat Hitlers als einen Unrechtsstaat bezeichnen sollte, kontrovers diskutiert.

¹ Vgl. Daniel Levy/Natan Sznaider: Erinnerung im globalen Zeitalter. Der Holocaust. Frankfurt am Main 2001.

² Siehe die Ansprache des Bundestagspräsidenten Dr. Norbert Lammert (CDU) in der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages am 25.1.2008. In: Bulletin Nr. 10-1 der Bundesregierung vom 27.1.2008: Gedenkstunde: 27. Januar – Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus.

³ Erklärung des Stockholmer Internationalen Forums über den Holocaust /26.-28. Januar 2000).

<http://holocaustforum.gov.se/>; siehe auch die erste historiographische Untersuchung dieser Konferenz von Jens Kroh: Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen. Frankfurt/M. 2008. Dazu Tanja Schult: Rezension zu: Kroh, Jens: Transnationale Erinnerung. Der Holocaust im Fokus geschichtspolitischer Initiativen. Frankfurt am Main 2008, in: H-Soz-u-Kult, 23.07.2008, <<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2008-3-052>>.

⁴ FAZ, zitiert nach Harald Welzer: Opa in Europa. Erste Befunde einer vergleichenden Tradierungsforschung. In: ders. (Hrsg.), Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis. Frankfurt/M. 2007, S. 7-40, hier: S. 7.

⁵ Ebda.

⁶ Vgl. hierzu auch Günter Morsch: Geschichte als Waffe. Erinnerungskultur in Europa und die Aufgabe der Gedenkstätten. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 5*2010, S. 109-121, zu Stockholmer Konferenz S. 113.

⁷ Volkhard Knigge: Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland. In: ders./Norbert Frei (Hrsg.), Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord. München 2002, S. 423-440, hier: S. 423.

⁸ Morsch, Geschichte (wie Anm. 41), S. 109 f.

⁹ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 2.4.2009 „zum Gewissen Europas und zum Totalitarismus“. Siehe: www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?language

¹⁰ Yehuda Bauer wird zitiert in einer Stellungnahme der Wiener Historikerin Heidemarie Uhl [Österreichische Akademie der Wissenschaften]: Neuer EU-Gedenktag: Verfälschung der Geschichte? <http://ecards.orf.at/uhl/156602.html>

¹¹ Vgl. den Sammelband von Harald Welzer: (Hrsg.): Der Krieg der Erinnerung. Holocaust, Kollaboration und Widerstand im europäischen Gedächtnis. Frankfurt/M. 2007.

¹² Weitere Überlegungen hierzu bei Morsch, Geschichte als Waffe (wie Anm. 41), S. 119-121.